

Werk

Titel: Antworten auf meine Kritiker

Autor: Aly, Götz

Ort: Bern

Jahr: 2006

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?519763432_0021 | LOG_0017

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

Götz Aly

Antworten auf meine Kritiker

DER in meinem Buch »Hitlers Volksstaat« vollzogene Perspektivwechsel von der Elitenverantwortung zum Nutznießertum des Volkes fand, das war zu erwarten, nicht nur Beifall. Er stellt gewohnte Sichtweisen auf den Nationalsozialismus in Frage, entsprechend heftig fallen die Reaktionen aus. Die Zeitschrift Sozial.Geschichte verschaffte der Debatte im Oktober 2005 ein Forum; ferner organisierten die Internetforen sehepunkte und hsozkult¹ die Kritik. Auch sollen in meiner Antwort weitere wissenschaftliche Rezensionen berücksichtigt werden, soweit sie mir zugeschickt oder bis zum Abschluss dieses Textes im Dezember 2005 bekannt wurden. Die fraglichen Texte und meine schon gegebenen Antworten auf einzelne Kritiken finden sich, alphabetisch gereiht, in der Fußnote.² Da sie nicht übertrieben

¹ <http://www.sehepunkte.historicum.net>; <http://www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>

² Götz Aly, Nicht falsch, sondern anders gerechnet. Eine Antwort auf J. Adam Tooze, in: die tageszeitung vom 15.3.2005; Götz Aly, Wie die Nazis ihr Volk kauften, in: Die Zeit vom 6.4.2005; Götz Aly, Wohin floss das Geld. Ein Fall offensiver Unkenntnis. Wolfgang Seibels Kritik an »Hitlers Volksstaat«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.8.2005. Johannes Bähr, Die Legende von der »Wohlfühl-diktatur«. Zu Götz Alys Deutung von Wirtschaft und Lebensstandard im »Dritten Reich«, in: sehepunkte 5(2005); Frank Bajohr, Die Beraubung der Juden, in: sehepunkte 5(2005); Ralf Banken, Hitlers Volksstaat? Zur kontroversen Diskussion um Götz Alys Thesen, in: Forschung Frankfurt, H. 3, 23(2005), S. 52–55; Yehuda Bauer, Volk und Vorteilsnahme. Erst raubten die Deutschen alle Juden aus, dann haben sie sie ermordet. Warum Götz Alys Forschung die Wissenschaft weiterbringt, in: Die Zeit vom 4.8.2005; Christoph Buchheim, Die vielen Rechenfehler in der Abrechnung Götz Alys mit den Deutschen unter dem NS-Regime, in: Sozial.Geschichte, H. 3/2005, S. 67–76; Jane Caplan, Cui bono? In: Sozial.Geschichte H. 3/2005, S. 86–90; Angelika Ebbinghaus, Fakten oder Fiktionen: Wie ist Götz Aly zu seinen weitreichenden Schlussfolgerungen gekommen? in: Sozial. Geschichte, H. 3/2005, S. 29–45; Rüdiger Hachtmann, Eine klassenbewusste »Gefälligkeitsdiktatur«? In: sehepunkte 5(2005). Rüdiger Hachtmann, Öffentlichkeitswirksame Knallfrösche – Anmerkungen zu Götz Alys »Volksstaat«, in: Sozial. Geschichte, H. 3/2005, S. 46–66; Thomas Kuczynski, Die Legende vom nationalen Sozialismus, in: Sozial. Geschichte H. 3/2005, S. 77–85; Per Leo, Der Narr von eigenen Gnaden. Götz Aly und die deutsche Geschichtswissenschaft, in: Ästhetik &

lang sind, erfolgt der Quellenverweis im laufenden Text in Gestalt des Autorennamens. Notwendigerweise wiederholen sich einige Gegenargumente, folglich reicht es aus, exemplarisch zu antworten und nicht jeden Rezensenten einzeln zu nennen.

Mich interessiert die Kritik der Faktenlage, wie sie zum Beispiel Wolfgang Seibel geleistet hat. Sofern mir dessen, insgesamt gesehen geringfügige, faktische Einwände berechtigt erscheinen, sind sie neben anderen schon selbst entdeckten Versehen in den aktuellen Ausgaben des »Volksstaats« berücksichtigt und in meiner Antwort auf Seibel im Einzelnen genannt. Für die künftigen Ausgaben muss eine Zahl im Bulgarien-Abschnitt geändert werden, der drei Nullen fehlten, wie Thomas Kuczynski entdeckte. Ihm gebührt ferner Dank für den Hinweis auf eine während der redaktionellen Arbeiten untergegangene Quellenangabe, die in der nachstehenden Fußnote ergänzt sei.³ Auch kann man die in Frankreich getätigten privaten Einkäufe deutscher Soldaten, die ich für den August 1943 angebe, in der von Christoph Buchheim vorgeschlagenen, vorsichtigeren Weise in heutige Euros umrechnen. Aufgrund der Intervention desselben Kritikers werde ich

Kommunikation, H. 129/130, 36(2005), S. 185–193; *Armin Nolzen*, »Stimmungspolitiker in Aktion« – Zum Verhältnis von Regime und Bevölkerung, in: *sehepunkte* 5(2005). *Armin Nolzen*, Hitler und die Deutschen: Eine neue Interpretation zum Verhältnis zwischen NS-Regime und Bevölkerung? In: *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau* 28(2005), H. 50, S. 19 ff.; *Kurt Pätzold*, Eine hochwillkommene Offerte zur »Lösung der Faschismusfrage«. Zu Götz Alys Buch »Hitlers Volksstaat«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 53(2005), S. 637–640; *Wolfgang Seibel*, Rechnung ohne Belege. Götz Alys scheingenauer Bestseller, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25.7.2005; *Gustav Seibt*, Wohlstand für alle, in: *Internationale Politik* 5/2005, S. 90–93; *Winfried Süß*, Ein nationalsozialistischer Sozialstaat? In: *sehepunkte* 5(2005); *J. Adam Tooze*, Einfach verkalkuliert, in: *die tageszeitung* vom 12./13.3.2005; *J. Adam Tooze*, Doch falsch gerechnet – weil falsch gedacht, in: *die tageszeitung* vom 16.3.2005; *J. Adam Tooze*, Stramme junge Männer in braunen Uniformen, in: *Die Zeit* vom 28.4.2005; *Hans-Ulrich Wehler*, Engstirniger Materialismus, in: *Der Spiegel* vom 4.4.2005; *Michael Wildt*, Vertrautes Ressentiment. Der moderne Sozialstaat hat mit dem »Volksgemeinschafts«-Konzept des Nationalsozialismus nichts zu tun. Eine Antwort auf Götz Aly, in: *Die Zeit* vom 4.5.2005; *Michael Wildt*, Alys Volksstaat. Hybris und Simplität einer Wissenschaft, in: *Mittelweg* 36, H. Juni/Juli, 14(2005), S. 69–80; *Michael Wildt*, Alys Volksstaat. Hybris und Simplität einer Wissenschaft, in: *Sozial.Geschichte*, H. 3/2005, S. 91–97.

- 3 Auf S. 190 des »Volksstaats« ist als Quelle für die Zuschüsse des Reiches zu den Sozialversicherungskassen und für das Ansteigen der Lohnsteuereinnahmen im Krieg die Fußnote 129a einzufügen: Statistische Übersichten zu den Reichshaushaltsrechnungen 1938 bis 1943 (geheime Reichssache), Anlagen 1 und 2, erstellt vom Statistischen Büro des Reichsfinanzministeriums, Nov. 1944, BA R 2/24250.

einen missverständlichen Satz in dem Kapitel über die Reichskreditkassenscheine streichen.⁴ Sonstige Korrekturen ergeben sich aus der bisherigen Kritik nicht. Inhaltlich ist an dem Buch nichts zurückzunehmen.

Rein gedankenpolizeiliche Einwände, die einen »Subtext« erfinden oder, namentlich bei Rüdiger Hachtmann, dem »Volksstaat« Begriffe zuschreiben, die dort nicht vorkommen, entziehen sich der systematischen Diskussion. Dasselbe gilt für die missgelaunten Vorhaltungen, die dem Buch die Originalität und den einigermaßen flüssigen Schreibstil als »flapsig« oder »griffig« verübeln. Wenn Wildt das Buch als »Produkt einer grassierenden Medialisierung« ansieht, das »eher auf geschäftlichen Erfolg als wissenschaftliche Argumente« baue, dann nehme ich das als Ausdruck der Meinungsfreiheit zur Kenntnis. Die Vorwürfe sagen viel über den Kritiker, nichts jedoch über das kritisierte Werk.

Auch lässt sich mit dem Vorwurf desselben Kritikers leben, ich hätte auf das fußnotenstarke Bewandern ausgetrampelter Pfade im »forschenden Verbund« der »Netzwerke« verzichtet und würde das Auseinandernehmen herrschender »Lesarten« vernachlässigen, gesteigert zum Gouvernanten-Tadel: »... entzieht er sich dem wissenschaftlichen Disput.« Die hier bemühten »Netzwerke« umschließen aus meiner Sicht eine selbstgenügsame Ingroup von ZeitgeschichtlerInnen, die mit Stipendien oder Zeitstellen einigermaßen versorgt, auf die wenigen frei werdenden Lebenszeitstellen lauern. Dafür langweilen sie sich lieber im Mainstream als einen weiterführenden Gedanken zu präsentieren. Diesem Unglück muss sich niemand aussetzen, doch erklärt es in einigen Fällen den indignierten Widerspruch gegen das Bilden diskussionsfähiger klarer Begriffe und Thesen. Solche Netzwerker-Vorwürfe begleiten meine Arbeiten schon lange: seien es die ersten acht Bände der »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« (1985 ff.), das gemeinsam mit Susanne Heim verfasste Buch »Vordenker der Vernichtung« (1991), das Buch »Endlösung. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden« (1995) oder der Aufsatz über die NS-Vergangenheit der Historiker Werner Conze und Theodor Schieder. Doch setzten sich die Ergebnisse nach einiger Zeit stets durch, von den fleißigen Netzwer kern mal mehr, mal weniger oder gar nicht zitiert. So wird es auch diesmal kommen.

Der Widerstand gegen meine These hängt damit zusammen, dass ich in der Struktur der nationalsozialistischen Steuer- und Sozialpolitik ein Grund-

4 Auf S. 105 den letzten Satz des ersten Absatzes.

muster sichtbar werden lasse, das auch sozialdemokratische Politik prägt. Das gehört sich offenbar nicht. Im Unterschied zur Programmatik der Sozialdemokratie, nicht jedoch zu jeder sozialistisch-revolutionären Praxis, bezog der NS-Staat seine Ressourcen für die interne Umverteilungspolitik aus der systematischen Enteignung, der Versklavung und aus dem Mord an Millionen von Menschen. Inzwischen spricht selbst Thomas Kuczynski, den man als linken Flügelmann in der Phalanx der »Volksstaat«-Kritiker ansehen darf, »von ›großen Massen gefügigen Personals‹, eingekauft auf der Basis fremder Tribute«. Er hat trotz all seiner reflexhaften Abwehr begriffen, worum es geht. Ich verstehe den »Volksstaat« als Anreiz für weitere wissenschaftliche Mühen; das Buch lädt dazu ein, auf den dort zum Teil nur skizzierten Wegen weiterzuforschen.

Ebbinghaus moniert den nicht affirmativen Gebrauch des Begriffs »sozialrevolutionär« und meint, die NS-Führer hätten ihre sozialen Wohltaten nicht aus freien Stücken, sondern infolge des November-Traumas von 1918 aus »Furcht« vor der eigenen Bevölkerung gewährt. Na und? Die tief sitzende Skepsis der Regierung Hitler gegenüber der politischen Loyalität der deutschen Mehrheitsbevölkerung bildet das Fundament meiner Thesen. Man besticht und korrumpiert Menschen dann, wenn das notwendig erscheint und wenn ein solches Vorgehen Erfolg verspricht. Ob das aus Furcht, aus gestalterischem Anspruch oder aus einer Mixtur beider Motive geschieht, kann zunächst dahingestellt bleiben.

Die Novemberrevolution von 1918 fand ihren Ausgangspunkt im Unvermögen der kaiserlichen Bürokraten, sich den sozialen Erfordernissen des modernen Massenkriegs zu stellen. Allerdings muss zu deren Entlastung gesagt werden, dass es ihnen trotz der massiven Hungersnot in Deutschland fern lag, die immerhin 1,4 Millionen russischen Kriegsgefangenen des Ersten Weltkriegs zugunsten des Volkswohls verhungern zu lassen. Im Zweiten Weltkrieg begründete sich der vorsätzliche Hungermord an mehr als zwei Millionen sowjetischen Gefangenen und vielen Millionen europäischen Zivilisten aus dem bewusst gefassten Entschluss, die eigenen Soldaten wie die deutsche Stadtbevölkerung in dem Ausmaß zu versorgen, das sie hinlänglich zufrieden hielt.

Fraglos lag der Lebensstandard der Deutschen infolge des Ersten Weltkriegs, des Friedensvertrags von Versailles, der Weltwirtschaftskrise und der Rüstungspolitik Hitlers 1939 signifikant unter dem der westeuropäischen Nachbarn und Großbritanniens. Dafür sprechen sämtliche Indikatoren. Das erleichterte die soziale Massenbestechung im Zweiten Weltkrieg. Ein Argument gegen den »Volksstaat« lässt sich daraus nicht gewinnen, wie es

Christoph Buchheim unter Hinweis auf die Arbeiten von Richard J. Overy wenig überzeugend versucht.

Wie der Nationalsozialismus den Normalegoismus der Deutschen und deren gewöhnliches Streben nach dem kleinen Glück bediente, fand selbst noch im Denken und Handeln von Ausnahmegestalten wie Sophie Scholl und deren Freund, dem Offizier Fritz Hartnagel, seinen Niederschlag. »Wieder reicht es nur zu einem nur kurzen, aber herzlichen Dank«, schrieb sie ihm im Dezember 1940 nach Belgien, »für die vielen guten Sachen, mit denen du mich u. die anderen immer bedenkst. Die Pralinenpackungen sind, rein äußerlich, ganz wunderbar! Und wie gut wir Seife u. Strümpfe u. den Kakao brauchen können, weißt Du ja. Wir kommen uns vor wie Krösusse.« Einen Tag später sandte Hartnagel, der erklärtermaßen kein großer Päckchenpacker war, die Nachricht: »Vergangene Woche hatte ich Gelegenheit, in Gent Schuhe für Deine Mutter und für Dich zu kaufen.« Sophie zeigte sich »goldfroh«. Geld spielte keine Rolle, denn Hartnagel verdiente »gerade jetzt im Kriege [...] mehr als genug«.⁵ Die Kritiker betrachten solche Quellen mal als »farbig«, »impressionistisch« oder »bedrückend«. Der von Sophie Scholl gebrauchten Selbstbeschreibung »Krösus« setzt Buchheim statistische »Gedankenspiele« entgegen, die jeder Grundlage entbehren. Davon abgesehen, ist Wohlstand immer relativ.

Unter den vielen zustimmenden Reaktionen, vor allem älterer Leserinnen, die ich im ersten Jahr nach dem Erscheinen des »Volksstaats« erhielt, können die folgenden allgemeine Bedeutung beanspruchen: »Ich bin Jahrgang 1930«, berichtete eine Berlinerin, »von den Eltern gegen die Nazis erzogen, und habe dank der Lektüre von »Hitlers Volksstaat« gelernt, darüber nachzudenken, dass ich als Teenager einen »Beutepullover« bekam und dass es 1942 südliches Obst wie Khakifrüchte gab, das man noch nie gesehen hatte.« Nach einem Vortrag in Frankfurt (Oder) sprach mich ein Rentner an: »Wir waren sieben Kinder und bettelarm. Das erste Spielzeug überhaupt bekamen wir, als unser Vater zu Weihnachten 1940 aus Frankreich zurückkehrte.«⁶

5 Sophie Scholl, Fritz Hartnagel, Damit wir uns nicht verlieren. Briefwechsel 1937–1943, Frankfurt a. M. 2005, S. 240 ff.

6 Brief von Cornelia S., Berlin vom 8.4.2005 an G. Aly; Vortrag am 4.5.2005 in Frankfurt (Oder). Von all diesen Dingen steht in dem überaus voluminösen zweiteiligen Band 9 »Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg« (Stuttgart 2005) nichts, der angeblich »Die Deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945« darstellen soll. Obwohl das Militärgeschichtliche Forschungsamt für die Reihe einen Millionenerat vorausgabte, fehlen dem Band genau die historisch wichtigen Dimensionen, die sich im Volksstaat finden.

In den Jahren 1933 bis 1935 hatte die NS-Führung ihre innere Machtbasis dank des äußerlich effizienten Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit gefestigt – gespeist aus einer verantwortungslosen Staatsverschuldung. Später brauchte sie den nicht besonders populären Krieg jedenfalls auch, um den eigentlich fälligen Staatsbankrott zu kaschieren. In einem dritten Schritt konnte Hitler die öffentliche Moral stabilisieren, und zwar weil er diesen Krieg in eine beispiellose Serie unterschiedlicher, einander ergänzender Raub- und Vernichtungsfeldzüge verwandelte. Auf Kosten der Volkswirtschaften sämtlicher besetzten und abhängigen Länder, der Arbeitskraft von Millionen Zwangsarbeitern, des arisierten Eigentums der ermordeten Juden und des Hungertodes von Millionen Menschen namentlich in der Sowjetunion schuf die NS-Führung die Grundlage dafür, die Masse der Deutschen an den materiellen Früchten des Sieges teilhaben zu lassen. Das machte sie jenseits aller ideologischen Propaganda interessiert und gefügig.

Dafür bedurften die Machthaber nicht vieler Zehnmillionen begeisterter Heil-Schreier. Ihnen reichte ein Volk, das in seiner Mehrheit einigermaßen zufrieden, mit sich selbst beschäftigt blieb und folglich Ruhe gab. Im Ergebnis führt die Studie über »Hitlers Volksstaat« zu einem Missing link, das den von innen heraus kaum gebremsten Furor der Nazizeit erklärt: Eben weil so viele Deutsche – die vielen Millionen Nicht- und Antinazis eingeschlossen – von den Raubzügen profitierten, zu Nutznießern beispielloser Verbrechen wurden, entwickelte sich nur marginaler Widerstand.

Obwohl präzedenzlos, rechtfertigen die NS-Verbrechen nicht die Annahme, dass die wesentlichen Bedingungen dafür besonders ungewöhnlich hätten sein müssen. Wohl aber entspricht es dem verständlichen Distanzstreben der Nachgeborenen und ihrer Historiker, ein derartiges Regime ins Abnorme zu verbannen. Demgegenüber entziehen meine Befunde dem in der NS-Historiographie populären, auch von meinen Kritikern in den unterschiedlichsten Spielarten praktizierten Schuldreduktionismus den Boden. Folglich geht die geschichtsoptimistische Fiktion verloren, die meisten Menschen befänden sich auf der besseren, gewissermaßen sicheren Seite der Geschichte. Gustav Seibt bemerkte in seiner Rezension das Verstörende des »Volksstaats«: »Die Aly-Deutschen kennen wir nämlich: Sie gleichen uns selbst fast aufs Haar. Sie suchen Wohlstand, materielle Sicherheit für die Kinder und fürs Alter, sie wollen das Haus im Grünen, das eigene Auto, den Urlaub. Die Kosten für Nachbarn und Nachfahren kümmern sie wenig.«

Der Befund bedeutet kein Verschieben der Verantwortung von einer sozialen Klasse auf die andere. Schon gar nicht geht es um die These von der

Kollektivschuld, wie einige Rezensenten befürchten,⁷ oder um das Vernebeln der graduell sehr verschiedenen Verantwortung Einzelner. Dem unmittelbaren Organisator und Exekutor eines Verbrechens kommt ein höherer Tatanteil zu als demjenigen, der in wenig durchschaubarer Weise – vermittelt über den Staatshaushalt und Geldkreisläufe – davon profitierte und dem nahe gelegt wurde, sich über das Woher seiner kleinen Vorteile keine Rechenschaft abzulegen. Doch muss, um die Genesis der deutschen Massenverbrechen zu verstehen, auch die millionenfache, weithin passive Mittäterschaft in den Blick genommen werden.

Hitler verbot die Veröffentlichung des Staatsetats bereits 1933 für das Jahr 1934. Dabei blieb es bis 1945. Soweit die totalitäre Politik mit dem Mittel »geheime Reichssache« operierte, ging es nur selten darum, jede Nachricht zu unterdrücken. Die List der diktatorischen Geheimnistuerei bestand in der schlichten, aber wirksamen Offerte an die deutsche Mehrheit: Was ihr, liebe Volksgenossinnen und Volksgenossen, nicht wissen dürft, das müsst ihr nicht wissen! So konnten sich die vielen kleinen Nutznießer des nationalsozialistischen »Volksstaats« aus der persönlichen Verantwortung stehlen und eine uneingestandene, passive Komplizenschaft mit den Mördern eingehen. Die breit gestreuten Vorteile aus den NS-Verbrechen trugen wesentlich dazu bei, das Gewissen, das Wissenwollen und später das Erinnern so vieler Deutscher nachhaltig zu narkotisieren.

Nicht selten wird von Historikern erwartet, das geschichtlich Gute vom geschichtlich Bösen eindeutig zu trennen. Im Sinne heutiger Wertscheiden erscheint es wünschenswert, klare Entwicklungslinien herauszupräparieren. Die Konzentrations- und Vernichtungslager, der Antisemitismus und die deutschen Aggressionskriege waren böse. Doch lässt sich am Beispiel des Nationalsozialismus (und auch des Kommunismus) ebenso klar erkennen, in welchem Ausmaß staatliche und gesellschaftliche Ziele, die mit Recht als geschichtlicher Fortschritt angesehen werden, in bestimmten historischen Konstellationen Verbrecherisches bewirken. Besonders deutlich wird das am Prinzip der sozial ausgleichenden Gerechtigkeit.

Nachgetragen sei eine Passage aus jener Rede, die Göring am Mittag des 4. Oktober 1942, dem Erntedanksonntag, im Berliner Sportpalast für viele Zehnmillionen deutsche Rundfunkhörer in ganz Europa hielt. Es scheint mir als Quelle auch deshalb geeignet, weil meine 1923 geborene Mutter die

⁷ Dazu anregend das Kapitel »Von deutscher Erfindungskraft. Oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit«, in: Norbert Frei, 1945 und Wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 145–155.

Rede seinerzeit gehört hat und auf Befragen, worum es denn gegangen sei, im Jahr 2004 ohne Zögern antwortete: »Dass wir mehr zu essen bekommen und die Rationen zu Weihnachten erhöht werden; und die wurden dann auch erhöht.« Nach der im Deutschen Rundfunkarchiv verwahrten Tonaufnahme breitete Göring fast eine Stunde lang vor allem dieses vor seinen Volksgenossinnen und Volksgenossen aus: »Zuerst und vor allem in der Stillung des Hungers und der Ernährung kommt das deutsche Volk. [Beifall] Ich bin sehr dafür, dass die von uns in Obhut genommenen Gebiete und eroberten Gebiete, dass die Bevölkerung dort nicht Hunger leidet. Wenn aber durch Maßnahmen des Gegners Schwierigkeiten in der Ernährung auftreten, dann sollen es alle wissen: Wenn gehungert wird, in Deutschland auf keinen Fall. [Beifall] Von jetzt ab muss es unerschütterlich feststehen und festgehalten werden, dass der deutsche Arbeiter und der, der in Deutschland arbeitet, am besten ernährungsmäßig versorgt wird von allen.«⁸

Das systematische Auswerten solcher Quellen kritisiert Hans-Ulrich Wehler als »engstirnigen Materialismus« und erhebt den Vorwurf, der »Volksstaat« vernachlässige den »radikalisierten Antisemitismus«. Nun ist der Antisemitismus nicht Thema des Buches, vielmehr handelt es von dem Beziehungsdreieck Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Es beschäftigt sich mit dem Problem, warum sich die Deutschen immer wieder neu für die Nazipolitik mobilisieren ließen, obwohl sie in ihrer übergroßen Mehrheit keine aktiven Antisemiten gewesen sind, wie neben Ian Kershaw in seinem Hitler-Mythos auch Wehler in seiner Deutschen Gesellschaftsgeschichte zutreffend feststellt und was sich in den Feldpostbriefsammlungen der Stuttgarter Bibliothek für Zeitgeschichte und im Brief- und Tagebucharchiv von Walter Kempowski leicht verifizieren lässt.⁹

Anders sieht die Sache aus, wenn man den aktiv-kämpferischen Antisemitismus weniger stark betont als den passiven. Als passiven Antisemitismus bezeichne ich eine schleichende Imprägnierung im Sinne einer besonderen Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Juden. Das setzte die jahrhundertealte Distanz zwischen Juden und Christen voraus, jedoch nicht den massenhaften individuellen Judenhass, der angeblich so speziell deutsch gewesen sein soll.

8 Völkischer Beobachter vom 6.10.1942.

9 Ian Kershaw, *Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung*, Stuttgart 1999, S. 278 ff.; Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. IV: *Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten. 1914–1949*, München 2003, S. 652f.

Wenn also die Integrationskraft des Nationalsozialismus nicht überwiegend auf der radikalisierten antisemitischen Ideologie beruhte, worauf gründete sie sich dann, und sei es nur im Sinne einer zweiten Säule? Wer sich für eine Antwort interessiert, sollte sich in der Analyse der nationalsozialistischen Judenpolitik den politischen Faktoren zuwenden, die Wehler auf jenen immerhin 300 Seiten seiner Gesellschaftsgeschichte, die von der NS-Zeit handeln, auslässt, weil er – gegen alle von ihm sonst mit Erfolg genutzten und im Fall des Nationalsozialismus verratenen sozialhistorischen Erkenntnismöglichkeiten – die »charismatische Herrschaft« Hitlers zum wichtigsten Integrationsfaktor erklärt.

Wie bislang fast alle Holocaust-Historiker will er nichts davon wissen, dass die staatlichen Zusatzeinnahmen aus der Arierisierung im Haushaltsjahr 1938/39 knapp zehn Prozent der laufenden Reichseinnahmen betrugen. Da er sich, einer Mode entsprechend, lieber auf den gewiss kritikwürdigen Arierisierungsvorteil der Deutschen Bank kapriziert, entgeht ihm, wie wenig sich der deutsche Geldmarkt 1938 bereit fand, die ständig wachsende Flut der staatlichen Rüstungsanleihen aufzunehmen. Eben deshalb wurde ein erheblicher Teil des Vermögens, das die deutschen Juden im Sommer 1938 bei den Finanzämtern anmelden mussten, von 1939 an zwangsweise in Rüstungs- und Kriegsanleihen umgewandelt.

All das steht, auch wenn es mehrere Kritiker behaupten, weder bei Avram Barkai noch bei Frank Bajohr. Deshalb müssen deren Arbeiten ebenso wenig zitiert werden wie die knappen, für die im »Volksstaat« gestellten Fragen unergiebig und aus meiner Sicht ungenügenden Abschnittchen zur Hauszinssteuer bei Karl-Christian Führer, bei Mark Spoerer zur Körperschaftsteuer oder die kriegswirtschaftlichen Bilanzen von Richard J. Overy.¹⁰ Ich halte die mit der negativen Zitierweise verbundenen rechthaberischen Fußnoten für vertane Zeit. Nur in seltenen Ausnahmen sind Anmerkungen wirklich notwendig, die mit Formeln beginnen wie »XY erkennt..., irrt..., bleibt grob unterkomplex...« Stattdessen nenne ich, das mag auch eine Frage des Alters sein, zunehmend nur solche Autoren, auf die ich mich positiv beziehen kann. Dazu gehört beispielsweise der niederländische Gelehrte

10 Karl-Christian Führer, Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmarkt und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914–1960, Stuttgart 1995; Mark Spoerer, Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925–1941, Stuttgart 1996; Richard J. Overy, »Blitzkriegswirtschaft«? Finanzpolitik, Lebensstandard und Arbeitseinsatz in Deutschland 1939–1942, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36(1988), S. 396–435.

A. J. van der Leeuw, der früh in die von mir weiterentwickelte Richtung dachte.

Ihn hätte Bajohr ruhig lesen sollen, statt in seiner Kritik zu behaupten, der Begriff Arisierung bezeichne »historisch wie im gegenwärtigen Sprachgebrauch der Historiker einen Besitztransfer zwischen ›Juden‹ und ›Ariern‹«. Das ist Unsinn, weil Göring den Enteignungsakt 1938 mehrfach so definierte: »Der Jude wird aus der Wirtschaft ausgeschieden und tritt seine Wirtschaftsgüter an den Staat ab.« Wenn heutige Historiker den Begriff – nicht zuletzt unter dem Einfluss Bajohrs und Wehlers – ahistorisch gebrauchen und auf die unmittelbaren Vorteile von Privaten reduzieren, dann sollten sie das angesichts der Ergebnisse des »Volksstaats« rasch ändern.

Die Arisierung von Vermögen und Habseligkeiten der europäischen Juden gehört in die säkulare Kette der Eigentumsrevolutionen. Wer genau hinsieht, kommt nicht umhin, die innere Verwandtschaft von Bereicherungsbegriffen wie Arisierung, Polonisierung, Magyarisierung, Nationalisierung oder eben Sozialisierung zu erkennen: Ein Teil der Gesellschaft nimmt für sich das Recht in Anspruch, fremdes Eigentum zu verstaatlichen, begründet mit der Ideologie, ein zugleich homogener, großer und unterprivilegierter Teil des Volkes zu sein. Darin manifestiert sich das wesentliche Element der Gewaltgeschichte des vergangenen Jahrhunderts. Es wäre geschichtsblind, wenn Ebbinghaus wirklich meinen sollte, die sozialrevolutionäre Umwälzung der Eigentumsverhältnisse sei in der Vergangenheit nicht regelmäßig mit »allen erdenklichen Spielarten der Korruption« einhergegangen.

Was Bajohr betrifft, hätte er bereits aus dem von Christian Gerlach und mir verfassten Buch »Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/1945« (2002) lernen können, wie sehr der Begriff Arisierung mit der Vergesellschaftung von Raubgut verbunden war. Sofern er zu bedenken gibt, im »Volksstaat« bleibe die »zigtausendfache Liquidierung jüdischer Unternehmen« und die damit bewirkte Minderung des »Konkurrenzdrucks für den ›arischen‹ gewerblichen Mittelstand« unerwähnt, hat er Recht. Thematisch gehört sie dort nicht hin. Allerdings sind die grundlegenden Einsichten dazu in dem von Susanne Heim und mir verfassten Buch »Vordenker der Vernichtung« ausgiebig formuliert worden, lange bevor Bajohr dazu auch nur einen Satz geschrieben hat.

Seit dem Erscheinen des »Volksstaats« ist erwiesen, in welchem Ausmaß das Eigentum der europäischen Juden zu Gunsten der deutschen Mehrheitsbevölkerung verstaatlicht wurde. Wenn Wehler den offensichtlichen Massenraubmord als »sekundäre Folge«, als »schauerliche Geschichte« abtut

und empirisch ertragreiche Forschungen als »Hyperrealismus« und »anachronistischen Vulgärmaterialismus« zurückweist, dann ist ihm nicht zu helfen. Wildt entzieht sich dem Erkenntnisfortschritt abwechselnd mit den Verdikten »positivistisch« und »materialistisch«.

Zwischendrin erklärt Wehler, ich hätte Dinge herausgefunden, die »bisher noch kein Historiker gewagt und geschafft« habe; was die Quellen angehe, verfügte ich über »ein Midas-Händchen«. Aber warum haben sich so wenige an die systematische Ausplünderung Europas und an die materiellen Seiten der Judenverfolgung »gewagt«? Eben weil einflussreiche Leute wie Wehler solche Arbeitsvorhaben für irrelevant erklärten, Bajohr die Begriffe reduzierte, Wildt in der Nachfolge von Eberhard Jäckel die Weltanschauung als wichtigsten Schlüssel zur Erkenntnis präsentierte und andere mit extrem verengten Fragestellungen an Unternehmens- und Institutionsgeschichten arbeiten, die für das Verständnis der politischen Dynamik des nationalsozialistischen Deutschlands nachrangig sind. Wieder andere verharren in mal hart, mal weich präsentierten Stamokap-Erklärungen. Derart in den eigenen »Netzwerken« beschränkter Interpretation eingesponnen, kam niemand auf die einfache Idee, auch im Fall des Nationalsozialismus das Kernstück jedes modernen Staates, nämlich das Budget, zu untersuchen.

Erst so ließ sich erkennen, dass nicht nur die deutschen, sondern auch die europäischen Juden für den unmittelbaren Nutzen der Reichskasse enteignet wurden. So gesehen, wird der Holocaust zum Massenraubmord. Dafür bedurfte es selbstverständlich einer Propaganda, die die Juden als Parasiten, Verräter und Untermenschen brandmarkte. Umgekehrt basierte jedes alteuropäische Judenpogrom auf einem Gemisch religiösen Ressentiments und räuberischer Barbarei. In der im Vorherigen bereits erwähnten Erntedankkundgebung im Oktober 1942 redete auch Göring, nachdem er ausführlich zu »Herz und Magen« gesprochen hatte, kurz über die Juden, und das auf sehr aufschlussreiche Weise. Er wendete den bereits begonnenen, mit Still-schweigen übergangenen, zumindest schemenhaft bekannten Massenmord in eine Gefahr für den Fall der Niederlage: »Unsere Frauen würden dann eine Beute des wollüstigen, hasserfüllten Juden werden. Deutsches Volk, Du musst wissen, wird der Krieg verloren, bist Du vernichtet. Der Jude steht mit seinem unendlichen Hass hinter diesem Vernichtungsgedanken.«¹¹ Implizit enthielten diese Sätze den später von Himmler unter Ausschluss der Öffentlichkeit deutlicher formulierten Gedanken: Nachdem der deut-

¹¹ Wie Anm. 6.

sche Staat, nicht zuletzt zum Vorteil der Deutschen, mit dem Mord an den Juden begonnen hat, gibt es kein Zurück; das Vernichtungswerk muss beendet werden, schon um die Möglichkeit der Rache auszuschließen.

Der Antisemitismus gehört neben anderen Faktoren zum Bild der Nazi-Epoche. Doch kann die Historiographie einer Zeit, in der sich unvergleichlich starke Energien entluden und die von extrem überhöhter geschichtlicher Geschwindigkeit bestimmt war, nicht so betrieben werden, als gelte es ein Wachsfigurenkabinett zu beschreiben. Alle Beteiligten handelten fortgesetzt und reagierten aus unterschiedlichen, komplexen und wechselhaften Motiven ununterbrochen aufeinander. Deshalb ist es für die innere Stabilität des Jahres 1942 wenig interessant, wie die Deutschen zehn Jahre zuvor wählten. Die von Wehler behauptete konstante, allein ideologisch fundierte »freiwillige Loyalität« findet sich in den Quellen nicht, aber das Gegenstück bildet nicht das terroristisch erzwungene Sich-Fügen. Vielmehr musste die NS-Führung unter ständigem Schielen auf das innenpolitische Politbarometer sich immer wieder neu um eine gesellschaftliche Mehrheit bemühen.

Deshalb sind auch die Einwände unerheblich, die der britische Wirtschaftshistoriker J. Adam Tooze erhob und die andere Kritiker mit besonderer Vorliebe zitierten. In seiner Attacke spricht Tooze einzig und allein vom »blutigen Opfergang« der Deutschen. Über Geschmacksfragen muss hier nicht gestritten werden; seine auf die Fakten bezogenen Einwände richten sich auf die deutschen Kriegsschulden. Ich sage, die laufenden Einnahmen – wohlgemerkt: Einnahmen – für den außerordentlichen Kriegshaushalt des Reiches seien zu zwei Dritteln aus den Kontributionen der eroberten Länder, den konfiszierten Löhnen der Zwangsarbeiter und dem Eigentum der europäischen Juden bezahlt worden. Demgegenüber insistiert Tooze auf den (nach der Niederlage) faktisch fälligen Kriegsausgaben – wohlgemerkt: Ausgaben –, die zu rund 50 Prozent auf Kreditbasis finanziert wurden. So gerechnet, steigt der deutsche Anteil deutlich.

Was die Zahlen betrifft, besteht zwischen uns keine wesentliche Differenz. Allerdings kassiert Tooze stillschweigend die alte, auf deutsche Nachkriegsinteressen zurückgehende Behauptung von Richard J. Overy, der ausländische Anteil am deutschen Kriegskostenetat habe lediglich zwölf Prozent betragen. Doch sofern man die Erfolge des Stimmungspolitikers Hitler erklären und nicht historische Buchhalterei betreiben will, ist es falsch, die Reichsschuld einzubeziehen. Es ist für diese Frage gleichgültig, wie drastisch die Sparguthaben der Deutschen 1948 abgewertet wurden. Tooze gehört wie Buchheim zu den Historikern, die sich für ein Sammelsurium von Fak-

ten interessieren, aber sich schwer damit tun, politische Prozesse angemessen zu erfassen. Sie blicken vom Endergebnis her auf die deutsche Kriegswirtschaft und zählen. Die Zahlenreihen sind rechnerisch richtig und historiographisch redundant.

Ich frage dagegen, wie und mit welchen Mitteln es Hitler, seinen Ministern, Gauleitern und Beratern in den Jahren 1940, 41, 42, 43 gelang, die von allen Ecken her bedrohte innere Stabilität zu wahren. Damals wie heute interessieren sich die normalen Leute für die Staatsschulden nur am Rande, aber sie protestieren, sobald ihnen der Fiskus die Steuern um zehn oder gar 50 Prozent erhöht, ihnen wohl vertraute Sozialleistungen und Privilegien kürzt. Darauf kommt es in meiner Analyse an. Sie handelt vom spekulativen Zusammenspiel zwischen Volk und Führung und nicht von den nach der Niederlage fälligen Kriegskosten.¹²

Gegen Tooze lässt sich im Übrigen gut mit Wehler argumentieren. In seiner Gesellschaftsgeschichte steht: Die deutsche Politik sei seit 1939 »ohne jede verantwortungsbewusste Kalkulation auf die fixe Idee fixiert« gewesen, »später die Lasten auf die besiegten Staaten abwälzen zu können«.¹³ Genau deshalb spreche ich von den Reichsschulden unter der Kapitelüberschrift »Virtuelle Kriegsschulden«, schließlich erklärte die Staatsführung ihrem Volk immer wieder: Die Kriegskredite seien durch das »gewaltige Sachvermögen« gedeckt, das in Osteuropa erobert worden sei.

Nach meiner Erwiderung auf seine Kritik argumentierte Tooze im Gegenzug, gestützt auf Hitlers Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk, man könne mit Staatskrediten die Belastung der Schuldenmacher im Krieg nicht »verzögern«. Prima vista erscheint das plausibel. Anders als ein privater Schuldenmacher, der etwa ein Auto auf Kredit kauft, muss der Krieg führende Staat für seinen auf Schuldenbasis finanzierten Militärkonsum den Zivilkonsum einschränken. Doch wenn Tooze den »Volksstaat« wirklich gelesen hätte, dann hätte er insoweit einiges lernen können. In dem Maße nämlich wie deutsche Soldaten den Kaufkraftüberhang aus dem Inland im besetzten Ausland verkonsumierten und tonnenweise Güter aus Europa nach Deutschland transferierten, ließen sich die Härten des Krieges deutlich mildern. Dasselbe gilt für die Hinterlassenschaften der enteigneten und ermordeten Juden, der deportierten Polen und Franzosen.

12 Auch Buchheim ist nicht in der Lage zwischen laufenden Kriegseinnahmen, auf die ich mich beziehe, und Kriegskosten zu unterscheiden.

13 Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 927.

Die typische Soldatenpost aus Paris endet eben so: »Ich will nun schließen mit dem Wunsch, dass es Euch allen gut geht und dass in dem nächsten Brief wieder Geld liegt!« Was der Empfänger mit dem Geld anstellte, erschließt sich aus fast jedem Brief: »Heute bin ich dazu gekommen, das Paket abzuschicken. Was drin ist, habe ich Euch ja schon geschrieben. Dann habe ich heute noch ein Paket fertig gemacht, in dem sind 3,50 m Stoff, der Meter für 8,20, das sind 28,70 RM. Dann habe ich hier für Karl einen Füllhalter mit Goldfeder für 14,40 RM, eine Krawatte für 1,25 RM, Gummiband für 75 [Pf], Kamm und Zahnpaste zusammen 80 Pf. Das sind zusammen 45,90 RM. Dann habe ich mir ein paar Handschuhe gekauft für 14,00 RM. Sie sind aus Leder und mit Wolle gefüttert.«¹⁴

Der junge Soldat berichtet, er habe an einem Tag 59,90 Reichsmark ausgegeben. Der Monatslohn eines deutschen Arbeiters betrug damals im Durchschnitt knapp 200 Reichsmark brutto. Der Soldat hatte also an einem Tag den in Deutschland entstandenen kriegsbedingten monatlichen Kaufkraftüberhang seiner Eltern im Ausland in Waren umgesetzt und nach Hause gesandt. Weil die von den Familien nachgeschickten Reichsmarkbeträge, nachdem sie bei den Feldkassen umgetauscht worden waren, in den Reichshaushalt gelangten, entstanden erhebliche Zusatzeinnahmen für das Reich, während die Soldaten in der eingetauschten jeweiligen Landeswährung ihre Einkäufe machten.

Darin bestand das Ziel von Görings Schlepp- und Feldpostpäckchen-erlass im Oktober 1940, das der allein auf die deutsche Binnenwirtschaft fixierte Tooze genauso wenig erkennt wie Overy. Beide behandeln die volkswirtschaftlichen Daten im Deutschland des Zweiten Weltkriegs so, als ginge es um eine mehr oder weniger normale, nicht jedoch um eine auf kollektiven Raub gegründete Volkswirtschaft.

Um die Realitäten der deutschen Kriegsgesellschaft zu beschreiben, ist es sinnlos, wenn Overy allein auf die nominelle Zuteilung der Kleidermarken rekurriert und Buchheim sich darauf beruft. Die Kleiderkarte bestand aus 100 Punkten pro Jahr und dafür waren ein Paar Schuhe und ein Kleid zu haben. Doch schickten die im »Volksstaat« zitierten Soldaten oft ein Vielfaches der Jahreszuteilung an ihre Lieben. Anhand der Einzelhandelsstatistik

¹⁴ Brief des Panzersoldaten Hermann P. vom 24.1.1942; Feldpostbriefe von Hermann Pflüger, Panzersoldat aus Dransfeld, vermisst in Stalingrad, im Familiendruck ediert von Albert Pflüger, Frankfurt a.M. 2000. In dem schon genannten zweibändigen Werk »Die deutsche Gesellschaft 1939 bis 1945« vermeidet Katrin A. Kilian, die Autorin des den Feldpostbriefen gewidmeten Kapitels, jeden Hinweis auf derartige, massenhaft vorhandene Briefe. (Wie Anm. 6)

rechnet Overy aus, der Index des realen Pro-Kopf-Konsums sei in Deutschland von 1938 bis 1944 um 30 Punkte, in Großbritannien jedoch nur um 12 Punkte gefallen. Mag sein, doch ein einziger Heimatbesuch eines schwer gepackten Wehrmachtsoldaten, eine Serie von Feldpostpäckchen von der Front in die Heimat, das staatliche Verschern eines arisierten Hausstandes glich diese Differenz für mehrere Wochen aus oder stellte deutsche Soldaten und deren Familien sogar besser als im Frieden. Solche Faktoren sind in der offiziellen Statistik nicht erfasst worden.

Es kommt darauf an, den extrem räuberischen Mechanismus, den kleptokratischen Charakter der nationalsozialistischen Volkswirtschaft offen zu legen. Erst damit gewinnt man den historischen Schlüssel, wie sich – auf der Basis von Massenmord, staatlich organisiertem Raub und Terror – gleichzeitig die Staatseinnahmen, der binnendeutsche Konsum und die öffentliche Meinung stabilisieren ließen.

Kein einziges der bei Overy genannten Konsumdaten stimmt mit der Lebenswirklichkeit der NS-Raubgesellschaft überein.¹⁵ Daher sind alle Einwände gegenstandslos, die sich auf diese Arbeit stützen. Dasselbe gilt für Christoph Buchheim, der den möglichen Ertrag des in der gesamten kritischen Literatur bislang übersehenen Schlepperlasses mit einem spekulativen Gedankenexperiment klein rechnen will. Weil Overy, Tooze, Buchheim und auch Mark Spoerer sich für ihre Zahlen, nicht jedoch für den realen Lebensstandard der deutschen Raubgemeinschaft interessieren, verdunkeln ihre Statistiken die deutschen Lebensverhältnisse im Krieg, anstatt sie zu erhellen.

Wie wenig manche Historiker mit der stimmungspolitischen Praxis des NS-Staates anzufangen wissen, zeigt sich an einem typischen Einwand von Buchheim. Er schreibt, es überrasche ihn sehr, wenn in der im »Volksstaat« abgedruckten »Tabelle über die Einnahmen aus dem besetzten und abhängigen Ausland auch die Schweiz auftaucht«. Dagegen hält er das Argument, die Schweiz habe 1952 als einziges Land überhaupt »erhebliche Rückzahlungen durchsetzen können«. Gewiss, aber doch nur deshalb, weil Deutschland den Krieg verloren hat. Aus der Perspektive der Jahre 1939 bis 1944 waren die Clearingkredite der Schweiz definitive Einnahmen. Sie entlasteten die deutsche Bevölkerung während des Krieges real und halfen deshalb, die Stimmung zu stabilisieren. Gelegentlich des Transfers von Gold in schweizerische Tresore bemerkte ein enger Mitarbeiter Görings 1942 entspannt: »Im Notfall kann auf die schweizerischen Bestände für Zwecke des Reiches

¹⁵ Overy, »Blitzkriegswirtschaft« (wie Anm. 10).

verhältnismäßig leicht zurückgegriffen werden.«¹⁶ Warum sollten die deutschen Finanzfachleute im Hinblick auf die Kriegskredite, die die Schweiz in ihrer misslichen geografischen Lage dem Reich einräumen musste, anders gedacht haben? Jedenfalls verbuchten sie die Schweizer Kredite als »Leistung des Auslands« an das Reich.

Mehrere Kritiker schreiben, viele meiner Erkenntnisse seien »unter Historikern seit langem bekannt«. Nicht diese, so fährt zum Beispiel Ralf Banken fort, sondern die »öffentlich-medialen Debatten« hätten den Blick immer wieder einseitig auf die Konzerne gelenkt und damit die allgemeine Wahrnehmung der NS-Geschichte verzerrt. An solchen Sätzen stimmt nichts. Historiker schrieben und schreiben in erheblicher Zahl über die Beteiligung von Unternehmen an den schmutzigen Geschäften des NS-Staats, sofern es das Label noch gibt. So lässt sich das Böse isolieren, mit Namen, Anschrift und Kontonummer versehen und vielleicht das eigene Weltbild im Lot halten. Geschichte erklärt sich so nicht.

Beispielsweise verfasste der Kritiker Johannes Bähr eine Studie über den Goldhandel der Dresdner Bank. Dabei ging es um einige Tonnen deutschen Beutegoldes, das die Bank in die neutrale Türkei transferierte, damit dort – im Auftrag des Reiches und nachdem der Gegenwert des Goldes zuvor an den Reichshaushalt abgeführt worden war – kriegswichtige Güter eingekauft werden konnten. Von den rund 60 Tonnen Beutegold und den vielen Millionen – ebenfalls geraubten – Schweizer Franken, die das Deutsche Reich während des Krieges dem verbündeten Rumänien zugestehen musste, will Bähr nichts wissen. Dasselbe gilt für den wissenschaftlichen Fachberater des Projekts, Christoph Buchheim. Desgleichen ignorieren beide jene zwölf Tonnen Gold, die den wohlhabenden Juden von Saloniki geraubt und die später um acht Tonnen – anderswo erbeuteten – Goldes aus dem Depot der Reichsbank aufgestockt wurden, um damit die für die Wehrmacht wichtigen Papierdrachmen zu kaufen und die Notenpresse zu schonen. Insgesamt handelt es sich also um mindestens 80 Tonnen, die im besetzten Griechenland und im verbündeten Rumänien zum Vorteil der deutschen Volksgemeinschaft eingesetzt wurden – sei es für den Kauf von Lebensmitteln, Rohstoffen, für den Betrieb von Lazaretten, für den Sold deutscher Soldaten oder für andere Kriegszwecke.

Solche Forschungen folgen einer Frage, nicht dem warmen Strom der Drittmittel aus den Etats derjenigen Unternehmen, die infolge ihrer NS-

¹⁶ Vierjahresplan-Behörde (Gramsch) an den Dt. Devisenkommissar in Frankreich (Michel), 15.9.1942, Archiv National (Paris) AJ 40/1012/1, Bl. 311.

Vergangenheit Imageeinbußen befürchten. »Hitlers Volksstaat« steht gut da, vergleicht man die wissenschaftlichen Erträge mit den Ergebnissen, die die Forschungen zu den Goldgeschäften erbrachten, die von der Deutschen und der Dresdner Bank im staatlichen Auftrag während des Zweiten Weltkriegs mit der Türkei getätigt wurden. Jedes der beiden Geldinstitute transferierte etwa fünf Tonnen Gold nach Istanbul. Bähr und andere widmen sich mit Fleiß der Banalität, dass eine Bank für ihre Dienste Geld nimmt und, falls das Geschäft gelingt, auch Profit macht.

Die Ergebnisse der Studien sind für sich genommen nicht falsch, aber ihre Relevanz im Hinblick auf den Goldraub des NS-Staat steht zu meinen Ergebnissen im Verhältnis von 10 zu 80, wählt man die Goldquantitäten als Maßstab. Nimmt man die Gewinne in den Blick, folgt man also der im »Volksstaat« zentralen Frage, wer eigentlich der Hauptnutznießler solcher Goldgeschäfte war, dann ergibt sich ein Relevanzfaktor von 1 zu 100: Während die beiden Banken zusammen an den Türkei-Transaktionen rund 2,5 Millionen Reichsmark verdienten, kamen den deutschen Steuerzahlern allein aus den Raubgoldlieferungen an Rumänien, Griechenland und der Türkei mehr als eine viertel Milliarde Reichsmark zugute.¹⁷

Im »Volksstaat« werden die Dimensionen zurechtgerückt. Deshalb finden sich auf gut 40 Seiten erstmals Angaben zu jenen Goldtransaktionen, die nach dem Willen des Diktators zum materiellen Nutzen der Mehrheitsdeutschen eingesetzt wurden, hinsichtlich der laufenden Steuerlasten und auch, um »Getreidelieferungen durch Goldhergabe [zu] bezahlen«.

Wo es um die eigene Arbeit geht, weichen Bähr und Buchheim aus. Stattdessen verlegen sie sich auf das Allgemeine, und Bähr behauptet: »Alys Modell steht und fällt mit der Frage, ob sich der Lebensstandard der deutschen ›Normalverbraucher‹ durch die nationalsozialistische Herrschaft signifikant verbessert hat.« Als Maßstab gilt das ökonomisch beste Jahr der Weimarer Republik, das Jahr 1928/29. Hachtmann erfindet, im »Volksstaat« werde gesagt, man könne das Wohlergehen der deutschen Arbeiter daran ablesen, dass »die Gesamtheit der Arbeitseinkommen« 1938 das Niveau von 1929 überstiegen habe. Stattdessen heißt es bei mir: »Löhne und Renten stagnierten auf dem tiefen Niveau der Weltwirtschaftskrise. 1928, im besten Jahr der Weimarer Republik, hatte sich die Gesamtheit aller Arbeitseinkommen auf 42,6 Milliarden Reichsmark addiert, 1935 betrug sie 31,8 Milliarden.

¹⁷ Dazu gehören natürlich auch die Erträge aus den Goldtransaktionen in Istanbul, geschmälert um den Gewinn, den die beteiligten Geschäftsbanken dabei erzielten.

Erst drei Jahre später stieg die Lohnsumme auf jene Höhe, die sie zehn Jahre zuvor erreicht hatte. Die Stundenlöhne, Gehälter, Renten und Pensionen lagen noch immer deutlich darunter. Gemessen an der verkauften Menge blieben die Erlöse der Landwirtschaft bis 1945 erheblich unter dem Ergebnis von 1928/29.« Dann folgt die These: »Doch genügte das Gefühl von ökonomischer Erholung und autoritärer Entschlossenheit, um die Loyalität der großen Mehrheit für den nationalsozialistischen Staat zu wahren.« (S. 49)

Für eine Politik, die eine stets prekäre Massenlaune im positiven Bereich halten will, ist es bis heute gleichgültig, ob etwa ein Anstieg der Sozialleistungen oder Löhne im langfristigen Trend ein absolutes Plus bedeutet oder nur ein relatives. Wenn sich zum Beispiel in Deutschland vor der nächsten Bundestagswahl im Jahr 2009 die Renten um nur fünf Prozent steigern ließen und dafür – wie das unter Hitler dank des Millionenheers der sozialversicherungspflichtigen und de facto nicht leistungsberechtigten Zwangsarbeiter der Fall war – die Abgabenlast der deutschen Arbeitnehmer nicht erhöht werden müsste, würde ein solches Kunststück die Wahlchancen der Regierungsparteien deutlich steigern. Der faktisch richtige Einwand, ein solcher Rentenbonus gleiche den realen Kaufkraftverlust deutscher Seniorenhaushalte zwischen 1995 und 2008 nicht annähernd aus, würde den politischen Effekt – und darum ging es der nazistischen Gefälligkeitsdiktatur – nicht im Geringsten schmälern.

Deshalb ist es wirklichkeitsfremd, wenn Winfried Süß den Abschnitt des »Volksstaats«, der von der demonstrativen Rentenerhöhung im November 1941 handelt, mit dem Hinweis auf die unstrittige Tatsache widerlegen will, sie hätte »nur einen Teil dieser Kürzungen« korrigiert und sei im Übrigen auch wegen des »kriegsbedingten Anstiegs der Lebenshaltungskosten« für das Regime ratsam gewesen. Geschichtsleere Statistik ersetzt auch hier die Analyse politischer Prozesse. Wobei auch Süß zu den – in den eigenen Interpretationsmustern gefangenen – Kritikern gehört, die nicht lesen wollen. So als hätte er dort abgeschrieben, heißt es im »Volksstaat« zur Rentenerhöhung von 15 Prozent im November 1941: »Das glich zum einen den geringfügigen Anstieg der Lebenshaltungskosten im Krieg aus und korrigierte zum anderen die Kürzungen aus der Notverordnungszeit 1930/32, ohne sie vollständig auszugleichen.« (S. 71)

Interessant ist, womit sich der Kritiker mit keinem Wort befasst: die großzügigere Bemessung der Anwartschaften für die Renten und die Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung für Rentner im Jahr 1941. Der Grund dafür ist schnell gefunden, denn Süß verbreitete in einem jüngst erschienen Lexikonartikel zum Stichwort Sozialpolitik, »nur wenige ausgewählte Be-

völkerungsgruppen ... profitierten von der Sozialpolitik des Dritten Reiches.« Begriffe wie Kindergeld, Ehegattensplitting, Steuerklassen und Steuern überhaupt sind insoweit nicht nur ihm, sondern dem gesamten Lexikon fremd, an dem sich mehrere meiner Kritiker beteiligten.¹⁸

Nimmt man Rüdiger Hachtmanns Studie »Industriearbeit im »Dritten Reich«¹⁹ zur Hand, dann fällt zunächst auf, wie ausführlich er von jenen steuerlichen Lasten spricht, die deutsche Arbeiter angeblich tragen mussten. Mit keinem Wort erwähnt er, dass seit Dezember 1940 jegliches Einkommen, das aus den Zuschlägen für Überstunden-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit herrührte, von Steuern und Sozialabgaben freigestellt war. Damit stiegen die Löhne deutlich, zumal anderenfalls auch die Steuer- und Sozialabgabenanteile des Grundlohns einer stärkeren Progression unterworfen worden wären.

Nicht einmal in seiner Kritik bemerkt Hachtmann den für ein Standardwerk zur Lohnpolitik des Nationalsozialismus bemerkenswerten blinden Fleck seiner früheren Quellenstudien. Es fehlt ihm die Souveränität, den Erkenntnisgewinn dort anzumerken, wo er von »den interessanten Ergebnissen der Arbeit Alys« spricht. Mehr noch: Hachtmanns Statistiken für die Lohnentwicklung während des Krieges sind, wie sich aus einer kleinen Fußnote erschließt, wenig aussagekräftig. Seine Angaben zur durchschnittlichen Lohnhöhe schließen nämlich seit 1940 »ausländische Zivilarbeiter« ein. Wenn auch offenbar die späteren Ostarbeiter nicht dazu gezählt wurden, so doch die zwangsdeportierten und die zum Teil auch auf freiwilliger Basis angeworbenen Industriearbeiter aus Polen, Westeuropa und dem Protektorat Böhmen und Mähren. Da diese deutlich schlechter bezahlt wurden als ihre deutschen Kollegen, verzerrt das Einbeziehen ihrer Löhne die allgemeine Lohnstatistik massiv. Ferner integrierte das Statistische Reichsamt vom Dezember 1940 an die so bezeichneten eingegliederten Ostgebiete und damit etwa zwei Millionen dort sesshafte polnische Arbeitskräfte in die amtliche, von Hachtmann insoweit unkritisch übernommene Lohnstatistik. Da diese Arbeitskräfte ebenfalls deutlich geringere Löhne erhielten, entsteht ein grob verfälschtes Bild vom tatsächlichen Verdienst eines reichsdeutschen Arbeiters. Mit zu kalkulieren wäre auch, in welchem beachtlichen Ausmaß das in den annektierten Landesteilen Österreich,²⁰ Sudetenland, Oberschlesien und Westpolen deutlich niedrige-

18 Axel Schildt (Hg.), *Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon*, München 2005.

19 Rüdiger Hachtmann, *Industriearbeit im »Dritten Reich«*. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989.

20 Emmerich Tálos, *Sozialpolitik 1938 bis 1945*, in: Derselbe u. a. (Hg.), *NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945*, Wien 1988, S. 115–140.

re Lohnniveau den Durchschnittslohn jener reichsdeutschen Arbeiter in der Reichsstatistik nach unten drückte, die in den Grenzen von 1937 wohnten.²¹

Wie sehr Hachtmann Opfer seiner eigenen, im »Volksstaat« in Zweifel gezogenen Prämissen wird, zeigt sich daran, mit welchem akribischen Aufwand er die vom Statistischen Reichsamt festgestellte Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten in der Zeit des Nationalsozialismus quellenkritisch auseinander nimmt. Sie belief sich nach einer von ihm benutzten Statistik offiziell auf stolze 18 Prozent. Er korrigiert sie – sicherlich zu Recht – auf neun Prozent. Das bleibt, gemessen an den Lohnverhältnissen der Zeit, noch immer eine erhebliche indirekte Lohnerhöhung. Was er auf der einen Seite im Hinblick auf die Lebenshaltungskosten an Quellenkritik leistet, spart er auf der Seite der Lohnentwicklung ein. Vermutlich weil ihm die infolge von Zwangsarbeit, mehr oder weniger freiwilliger Ausländerarbeit und riesiger Gebietsannexionen abgeflachte Bruttolohnkurve ins Konzept passt.

Dennoch weist seine Statistik der Bruttostundenverdienste in einigen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie zwischen 1936 und 1941 massiv nach oben. Auch hier bringt der Rekurs auf das Lohnniveau von 1928 für die Frage nach der relativen Zufriedenheit der Arbeiter nichts. Immerhin stieg selbst nach Hachtmanns Angaben, die im Hinblick auf den reichsdeutschen Durchschnittsarbeiter jedenfalls nach oben korrigiert werden müssten, der wöchentliche Arbeitsverdienst eines Arbeiters zwischen 1934 und 1944 um 30 Prozent. Nimmt man die Senkung der Lebenshaltungskosten dazu, dann sind es an die 40 Prozent.²²

Ferner verzichtet Hachtmann darauf, die Auswirkungen der familienfreundlichen Steuerreform von 1934 zu untersuchen. Neben den zweifellos vorhandenen Motiven der deutschen Führung, die Zahl der Geburten zu stimulieren und einem Teil der weiblichen Arbeitskräfte das Dasein als Mütter und

21 Hachtmann, *Industriearbeit* (wie Anm. 19), S. 108, Anm. zu Tabelle 6. Dort heißt es ohne jede Spezifizierung und Konsequenz für die weiteren Berechnungen: »Seit März 1939 einschließlich Österreich, seit Dez. 1941 einschließlich Sudetenland und der eingegliederten Ostgebiete. Bis 1939 nur Arbeiter deutscher Staatsangehörigkeit, seit 1940 einschließlich ausländischer Zivilarbeiter ohne »Ostarbeiter«.«

22 Ebd., S. 127, 159. Möglicherweise gestaltete sich das tatsächliche Verhältnis von Wochenlohn und Lebenshaltungskosten zwischen 1933 und 1944 sogar ungünstiger als bei Hachtmann angegeben. Doch ändert das nichts am relativen, gleichsam gefühlten Aufschwung. Nach den von Hachtmann nicht zitierten Angaben in der Geheim-Broschüre »Finanz- und wirtschaftsstatistische Zahlen. Stand vom 31. Mai 1944« (S. 15) entwickelte sich der Lebenshaltungskostenindex, das Jahr 1913/14 = 100 gesetzt, wie folgt: 151,7 (1928), 118,0 (1933), 126,2 (1939), 138 (1943). (BA R 2/24250.)

Hausfrauen schmackhaft zu machen, wäre zunächst einmal festzustellen, wie viel mehr ein Familienvater infolge dieser Steuerreform in der Lohntüte hatte. Das ist keine Marginalie – schließlich bildete die Ehe mit Kindern die vorherrschende Lebensform. Hachtmann hätte Aussagen zum Nettolohn zu treffen, den ein von Statistikern so bezeichneter Eckarbeiter in den Reichsgrenzen von 1937 mit zwei bis drei Kindern in den Jahren 1934 bis 1945 bezog. Immerhin war der Lohnsteuerabzug für einen ledigen, kinderlosen Metallarbeiter mit einem Monatsverdienst von 230 Reichsmark seit der Finanzreform von 1934 doppelt so hoch wie der eines verheirateten Arbeiters mit einem Kind.

Dazu wären die Sozialleistungen zu rechnen, die eine solche Familie im Krieg bezog. Ausweislich des Reichshaushalts stiegen diese Transferzahlungen zwischen 1939 und 1942 von 250 Millionen auf eine Milliarde Reichsmark. Folglich musste zum Beispiel eine fränkische Pfarrersfamilie mit acht Kindern die jüngeren im Sommer 1945 vom Gymnasium nehmen, da sie wegen des Stopps der Kindergeldzahlungen das Schulgeld nicht länger aufbringen konnte.²³ Gemessen an solchen Erfordernissen sind die Ergebnisse, die Hachtmann präsentiert, methodisch mangelhaft und für die Fragestellung des »Volksstaats« unbrauchbar.

Das Ausrauben besetzter Länder, so meint Thomas Kuczynski, sei seit dem Dreißigjährigen Krieg üblich und der Unterschied der nazistischen Kriegsführung zu sonstigen Kriegsbräuchen »nicht so groß«. Wildt argumentiert in seiner, wie er es nennt, »epistemologischen Neugier« ähnlich, wenn er einwendet, Soldaten hätten schon immer »gestohlen, geraubt, Beute gemacht und requiriert«. Es mag sich zwar dem ideologisch gusseisernen Abrakadabra dieser Kritiker entziehen, doch hätten sich die alliierten Besatzungsarmeen 1945 nur annähernd so verhalten wie die Deutschen zuvor, wäre von den Besiegten nicht viel übrig geblieben. Als ehemaliger DDR-Bürger dürfte Kuczynski wissen, dass es in diesem Teil Deutschlands mit erheblichem Missfallen gesehen wurde, wenn sowjetische Offiziere und deren Gattinnen sich dort mit Konsumartikeln aller Art eindeckten, von dem massenhaften polnischen Besuch in den Ostberliner Kaufhäusern und -hallen während der DDR-Endphase nicht zu reden. Allerdings blieb es den Mannschaftsgraden der sowjetischen Besatzungsarmee strikt untersagt solche Einkaufstouren zu unternehmen, und das war für die DDR-Mangelwirtschaft entscheidend.

Kuczynskis zweite kritische Anmerkung richtet sich gegen die von mir genannte Faustregel zur Umrechnung damaliger Reichsmarkbeträge in heutige

23 Mitteilung von Martin Schmidt, Hamburg, vom 4.5.2005.

Euro nach einem Kurs 1:10. Stattdessen schlägt er 1:5 vor. Allerdings verrät er in seiner Kritik nicht, was er selbst in einer früheren Studie zu den Entschädigungsansprüchen ehemaliger Zwangsarbeiter schrieb. Dort kalkulierte er die deutschen Löhne des Jahres 1999 im Vergleich zu denen der Jahre 1940–44 (in Euro ausgedrückt) auf das Elffache.²⁴ Ähnliches gilt für die Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Das bedeutet jedoch keinen um das Elffache höheren Lebensstandard. Dieser Binsenweisheit lässt sich leicht zustimmen, und deshalb wählte Kuczynski in der genannten Arbeit einen niedrigeren Multiplikator.

Im »Volksstaat« geht es jedoch nicht um Restitution, sondern um das Veranschaulichen geschichtlicher Differenzen und Größenordnungen: Ein durchschnittlicher deutscher Arbeiter verdiente damals eben nicht mehr als 200 Reichsmark brutto im Monat; die Reichseinnahmen betrugen im Haushaltsjahr 1938/39 17 Milliarden Reichsmark, dem entsprechend machte das 1938 erfasste und später verstaatlichte Vermögen der Juden von knapp acht Milliarden Reichsmark fast die Hälfte der Jahreseinnahmen des letzten deutschen Friedenshaushaltes aus – heute betragen die jährlichen Bundes-einnahmen gut 200 Milliarden Euro. Um solche Unterschiede ungefähr in heutige Geldgrößen zu transponieren, ist die Faustregel richtig, nach der eine Reichsmark etwa zehn Euro in der Gegenwart entspricht.

Die Annahme Kuczynskis, nach der »Zwangsarbeitskräfte faktisch die gleichen Lohnsteuern wie deutsche Arbeitskräfte« gezahlt hätten, ist aus der Luft gegriffen. Wie im »Volksstaat« am Beispiel des Zwangsarbeiters Ernst Samuel bei Daimler-Benz gezeigt wurde, verdiente er stattliche 234 Reichsmark im Monat. Aber davon hatte er 108 Reichsmark an Steuern und Sozialversicherung abzuführen – mehr als das Dreifache dessen, was ein arischer verheirateter Kollege mit einem Kind zu entrichten hatte. Der Lohnsteuertarif für sich genommen lag mehr als doppelt so hoch. Die mit den Steuer- und Sozialabgaben abgeführte zusätzliche 15-prozentige »Sozialausgleichs-abgabe«, die Zwangsarbeiter wie zivile polnische Arbeitskräfte im annektierten Teil Polens entrichten mussten, floss offensichtlich in die deutschen Sozialkassen. Nur so lässt sich erklären, warum der Reichszuschuss für die sozialen Sicherungssysteme im Jahr 1941 um 42 Prozent stieg und im Jahr 1942 um 31 Prozent fiel. Das wurde erreicht, obwohl Ende 1941 die Renten um 15 Prozent erhöht, die Rentner in die Krankenkassen aufgenommen, nicht jedoch die Sozialabgaben erhöht worden waren, und der Krieg

²⁴ Thomas Kuczynski, Brosamen vom Herrentisch. Hintergründe der Entschädigungszahlungen an die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitskräfte, Berlin 2004, S. 131 ff.

die Kassen zusätzlich belastete. Es ist kein Widerspruch, wenn das erst im Haushalt 1942 ausgewiesen ist, offensichtlich wurden die staatlichen Zusatzeinkünfte bis dahin anders verbucht.

Auch im Falle Kuczynskis gibt es einen Grund, warum er sich so massiv gegen den von mir vorgenommenen Perspektivwechsel von der Elite zum Volk wehrt. Er findet sich in seinem Buch »Brosamen vom Herrentisch«, das aus einem Gutachten entstand, das er 1999 zur Zwangsarbeiterentschädigung schrieb, und zwar im Auftrag der Bremer Stiftung für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts.

Darin geht Kuczynski, wie schon erörtert, von der zu niedrig gegriffenen Annahme aus, den Zwangsarbeitern seien lediglich »im Schnitt 25 % an überhöhten Steuern und Abgaben abgezogen« worden. Das waren, wie er am Beispiel eines Daimler-Benz-Arbeiters vorrechnet, 474,96 Reichsmark, die an die deutschen Staats- und Sozialversicherungskassen flossen. Der verbleibende Jahresnettolohn betrug durchschnittlich 1424,88 Reichsmark. Gemessen an einem arischen Arbeiter zahlte der Betrieb nach Kuczynskis plausibler Rechnung einem Zwangsarbeiter 942,36 Reichsmark weniger Bruttolohn. Demnach flossen nach Kuczynski angeblich zwei Drittel des Ertrags aus der Zwangsarbeiterausbeutung ins Portefeuille der Kapitalisten und ein Drittel (474,96 Reichsmark) wurde zugunsten der Staatskasse und damit zugunsten der deutschen Steuerzahler sozialisiert.²⁵

Obwohl die Rechnung in sich stimmt, ist sie falsch, weil Kuczynski die Fiktion bedient, sein Musterzwangsarbeiter habe über seinen Nettolohn (abzüglich einem Betrag für Essen und Unterkunft) einigermaßen frei verfügen können. Tatsächlich hatten sowohl die freiwillig wie die zwangsweise eingesetzten ausländischen Arbeiter einen möglichst großen Teil ihrer Löhne an ihre Familien im Ausland zu überweisen. Bei dieser Gelegenheit vereinnahmte eine Deutsche Verrechnungskasse genannte Abteilung der Reichsbank die überwiesenen Beträge und verwandelte die Milliardensummen in Kriegsanleihen des Deutschen Reiches oder überwies sie – was faktisch keinen Unterschied bedeutete – direkt an die Reichskasse. Den Familien der ausländischen Arbeiter wurden sie entweder überhaupt nicht oder aus den Besat-

25 Kuczynski, Brosamen (wie Anm. 24), S. 131 ff. Rätselhaft bleibt, warum Kuczynski nicht die frühe Dokumentation von Karl Heinz Roth, einem der Auftraggeber seines Gutachtens, beizog. Dort ist der Staatsraub auf dem Weg des angeblichen Lohntransfers immerhin genannt, wenn auch falsch gewichtet. Karl Heinz Roth, Dreifache Ausbeutung der Fremdarbeiter: Eine Dokumentation über Ökonomie und Politik des Lohntransfers in der »europäischen Großraumwirtschaft« 1940–1944, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik 1(1985), H. 7/8, S. 69–100.

zungskostenhaushalten der jeweiligen Länder ausbezahlt.²⁶ Mit diesem Trick sicherte sich das Reich den Löwenanteil an den Einnahmen aus der Zwangsarbeit. Rechnet man im Licht dieser Tatsache noch einmal nach, wer die Nutznießer der Zwangsarbeit waren, vereinnahmte der deutsche Staat – selbst dann, wenn man die in mancher Hinsicht schönfärberischen Prämissen Kuczynskis akzeptiert – deutlich mehr als das private Kapital. Damit sind die Gesamtzahlen, die Kuczynski für die Exploitation der Fremdarbeiter angibt, definitiv falsch. Sie sind deutlich zu niedrig. Ebenso falsch ist seine Aufschlüsselung der Gewinne, die einerseits der Staat und andererseits das Kapital daraus zogen. Die im »Volkstaat« gewonnenen Einsichten zum gemeinnützigen Staatsraub an den Zwangsarbeitern entziehen dem Gutachten Kuczynskis die Grundlage. Seine wüste Polemik (»Schmarren«) fällt auf ihn zurück.

Eine offene Forschungsfrage berührt Buchheim mit der Bemerkung, meine »Addition eines großen Teils der Allgemeinen Verwaltungseinnahmen« führe »zu erheblichen Doppelzählungen«. Zu den Allgemeinen Verwaltungseinnahmen zählte auch das Unterschlagen der Lohnüberweisungen ins Ausland, da sie, sofern dann doch aus den Besatzungskostenhaushalten bezahlt wurde, zweimal gebucht wurden. Ich habe das Problem aber nicht unerwähnt gelassen, wie Buchheim suggeriert, sondern es diskutiert und ausdrücklich geschrieben: »Für einige Milliarden Reichsmark enthält die Bilanz des Raubes Doppelbuchungen, die auf die zeitgenössischen Haushaltsrechnungen zurückgehen.« (S. 323 f.)

Diesen mit Gewissheit zu viel kalkulierten Milliarden stehen jedoch Beträge gegenüber, die ich »mangels statistischer Grundlage« nicht in die Kalkulation der externen Einnahmen einbeziehe. Dazu gehören der Teil des Steueraufkommens, den deutsche Unternehmen und Unternehmer zu entrichten hatten, die aus dem Produktionsfaktor Zwangsarbeit herrührten, auf geraubten Fabriken, Rohstoffen und Halbfabrikaten. Ich unterstelle, kann es jedoch nicht beweisen, dass sich die insgesamt gesehen geringfügigen Doppelbuchungen damit ausgleichen und sage dann: »Darüber und über Einwände gegen einzelne der vorstehenden Zahlen und Annahmen lässt sich diskutieren.« Die detaillierte Rekonstruktion des Kriegshaushaltes des Deutschen Reiches steht noch aus, aber vermutlich wird eine solche Untersuchung das von mir gewonnene Bild eher schärfer konturieren als abschwächen.

Gefreut hat mich der Vorwurf, den Wehler gegen mein Gesamtwerk erhob. Alys »Interpretation des Massenmords schwankt freilich«, meint er im

26 Aly, Volksstaat, S. 181–190. Im Fall der verbündeten Länder wurde genauso verfahren. Dort waren die im Reich vorenthaltenen Löhne aus dem Kriegskostenbeitrag zu ersetzen.

Hinblick auf andere von mir (mit)verfasste Bücher. Wir arbeiten eben nach verschiedenen Prinzipien. In der Tat geht es mir, wie die Kritiker richtig bemerken, »um eine neue Deutung des NS-Regimes« – allerdings nicht um eine ausschließliche. Ich will das bislang ungenügend analysierte, überaus hohe Maß an innenpolitischer Integration während der NS-Zeit erklären und sage dazu in der Einleitung: »Um zu einer überzeugenden Antwort beizutragen, betrachte ich die NS-Herrschaft aus einem Blickwinkel, der sie als Gefälligkeitsdiktatur zeigt.« Ich halte es für methodisch richtig, einen historischen Gegenstand genauso wie ein Objekt, das sich ein bildender Künstler vornimmt, aus unterschiedlichen Blickwinkeln und Entfernungen zu betrachten. Selbstverständlich dürfen und sollen auch die Techniken der Darstellung geändert und sollten nicht immer dieselben Veduten gemalt werden. Im Fall der Historiographie müssen dafür die Fakten zum einen neu erschlossen und zum anderen muss schon Bekanntes neu eingeordnet werden.

Während Wehler behauptet, über *eine* »erklärungskräftige Interpretation« zu verfügen, lasse ich mich, auch das ein erheblicher Unterschied, gerne im Archiv von Quellen überraschen. Mal konzentriere ich mich auf die Vor-denker der Vernichtung, dann auf das Schicksal eines ermordeten jüdischen Mädchens, dann wieder auf die Politik der ethnischen Säuberung, die Deportation der ungarischen Juden oder eben auf die Gefälligkeitsdiktatur. Das so schon entstandene Gesamtbild ist vielschichtig. Weitere Perspektivwechsel werden folgen, weil man sich nur so der realen Vielfalt des Geschehenen annähern kann.

Selbstverständlich gehören in ein derart geöffnetes vieldimensionales Bild der nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und -wirklichkeit auch die analytischen Ergebnisse anderer. Dem charismatischen Führer ist darin eine Ecke gewiss, der gesellschaftliche und der staatliche Antisemitismus im Deutschland der NS-Zeit wird einen wichtigen Platz einnehmen, die Rolle der deutschen Industrie und der in den Nachfolgesellschaften des Dritten Reiches aus exkulpatorischen Gründen stets überbetonte diktatorische Terror gegen die eigene Bevölkerung gehören hinein, jedoch nicht in den Vordergrund des Bildes. Diese schon häufig formulierten Faktoren sind analytisch zu bedenken, doch verlieren sie dank der in »Hitlers Volksstaat« gewonnenen Einsichten an Gewicht.